

<b>Vorlage Nr. I 56/2022</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## Sachstandbericht Entwicklung Einsatzzahlen in der IRLS

### A Problem

Gemäß dem Vertrag zur Einrichtung und Betrieb der gemeinsamen Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) ist die Feuerwehr Bremerhaven dazu verpflichtet, die Einsatzzahlen der IRLS regelmäßig zu prüfen. Bei Veränderungen besteht die Verpflichtung zur Durchführung von Anpassungen (u. a. Personalbemessung). Vertraglich festgeschrieben ist hierzu die Durchführung eines extern zu beauftragenden Personalbemessungsgutachtens. Letztmalig wurde ein Personalbemessungsgutachten 2017 auf Basis der Einsatzzahlen 2016 vergeben.

Die zurückliegenden und aktuellen Entwicklungen der Einsatzzahlen verzeichnen im Betrachtungszeitraum 2016 bis 2021 eine Steigerung um fast 30 %. Entsprechende Zahlen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Einsatzzeitraum	Anzahl
2021	119.067
2020	105.400
2019	108.517
2018	109.175
2017	105.931
2016	93.089

Stellt man die Einsatzzahlen aus dem 1. Halbjahr 2021 dem 1. Halbjahr 2022 gegenüber, ist ebenfalls eine signifikante Steigerung zu verzeichnen. Entsprechende Zahlen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Einsatzzeitraum	Anzahl
1. Halbjahr 2022	67.514
1. Halbjahr 2021	55.843

Eine angenommene Hochrechnung der Einsatzzahlen bis zum Jahresende 2022 ( $67.514 \times 2 = 135.028$ ) würde eine Steigerung um ca. 45 % seit dem letzten Gutachten bedeuten.

### B Lösung

Auf Grundlage der vertraglichen Regelungen und auf Basis der bewerteten Einsatzzahlen ist die Beauftragung einer Organisationsuntersuchung und eines anschließenden Personalbemessungsgutachtens durch eine:n externe:n Gutacher:in in Vorbereitung. Derzeit wird ein

Leistungsverzeichnis von der Feuerwehr erstellt, welches die Anforderungskriterien und zu begutachtenden Parameter festlegt. Das Leistungsverzeichnis ist aktuell in der Abstimmung mit den Landkreisen Osterholz und Cuxhaven (Vertragspartner). Die vergaberechtlichen Vorgaben werden dabei berücksichtigt.

Ziel ist zunächst die Durchführung einer Organisationsuntersuchung für die relevanten Bereiche der IRLS (z. B. Disposition, Administration und Datenversorgung, Anwendung der standardisierten Notrufabfrage etc.). Optimierungsmöglichkeiten (Arbeitsprozesse o. ä.) sollen aufgezeigt werden. Die Ergebnisse sind mit den Vertragspartnern abzustimmen, die bremsen und niedersächsischen Kostenträger werden bei diesem Prozessschritt eingebunden.

Basierend auf den Ergebnissen der Organisationsuntersuchung wird durch den Gutachter im Anschluss eine Personalbemessung durchgeführt. Auch diese Ergebnisse werden mit den Vertragspartnern und den Kostenträgern erörtert.

Die Magistratskanzlei (MK 3) wurde über das Vorhaben bereits vorinformiert und wird ebenfalls über den Fortschritt informiert und entsprechend eingebunden.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Mit der Beauftragung der Organisationsuntersuchung und des daraus folgenden Personalbemessungsgutachtens ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig von dem Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Personalwirtschaftliche und weitere finanzielle Auswirkungen (z. B. technische Maßnahmen etc.) können die Ergebnisse der Untersuchung und des Gutachtens und die daraus umzusetzenden Maßnahmen verursachen. Konkrete Kosten können derzeit noch nicht quantifiziert werden.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besonders Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

### **E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

### **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Entwicklung der Einsatzzahlen in der IRLS zur Kenntnis.

Grantz  
Oberbürgermeister